

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lebeck & Co. 16 mal pramiert
Firma gegründet 1838

Druckdruck: Nachrichten Dresden.
Gesamtnummer: 26 241.
Aus für Nachdruck: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Lebeck & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 19 385 Zeitz.

Bezugs-Gebühr: Vierteljährlich in Dresden und Boyetten bei einmaliger Zulassung sowie bei einmaliger Zulassung durch d. Post (ohne Beleg) 4, 40 M., monatlich 1, 60 M. Anzeigen-Preise: Die einseitige 37 mm breite Zeile 75 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsanzeigen, einseitige 25 mm breite Zeile 25 Pf. Sonstige Anzeigen nach Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung. — Einjahresnummer 16 Pf., Sonntags 20 Pf. Nachdruck nur mit druckerei-Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Geschäftsbriefe werden nicht aufbewahrt.

Die Nationalversammlung zur Kriegsgefangenenfrage.

Weimar, 12. Aug. Am Regierungstische Müller, Erzberger, Dell. — Abg. Rumm (D.N.) fragt unter Bezugnahme auf eine Reihe von Einzelfällen, in denen selbst unter Ausübung der Postfreiheit, speziell durch die Zentrale für Heimatdienst,

Sozialistische Literatur verbreitet
worden sei, wieviel Steuergelder bisher für diesen Zweck verwendet worden seien und ob die Regierung die schuldigen Beamten zur Rechenschaft ziehen und ersatzpflichtig machen wolle. — Weimarer Regierungsrat Weber erwidert, daß über die in der Anfrage behaupteten Vorgänge Vorkerkennungen angeordnet seien, die aber noch nicht zum Abschluß gelangt seien.

Abg. v. Gräfe (D.N.) fragt unter Bezugnahme auf Pressenachrichten, nach denen in englischen und amerikanischen Gefangenenlagern den

deutschen Kriegsgefangenen
mitgeteilt worden sei, daß ihre bestmögliche Heimkehr nach Deutschland seitens der deutschen Regierung nicht gewünscht, ja sogar durch die Weigerung der deutschen Regierung, die Vorbereitungen zum Abtransport in die Wege zu setzen, verhindert werde: In die Reichsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Vorbereitungen tatsächlich zu einer rascheren Rückkehr getroffen, namentlich welche diplomatischen Schritte unternommen worden sind, um der weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ein Ende zu machen.

Reichsminister des Innern Müller:
Die Regierung stellt fest: Beim Abschluß des ersten Waffenstillstandes und fortlaufend während der darauffolgenden Verhandlungen bis zum Beginn der Friedensverhandlungen in Versailles ist unablässig versucht worden, die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen zu veranlassen, wie ja auch wir uns im Waffenstillstand zur Zurückführung sämtlicher feindlicher Kriegsgefangener verpflichtet hatten. Einen Erfolg haben aber diese Bemühungen nicht gehabt. Die erste Anerkennung der selbstverständlichen Pflicht, die Kriegsgefangenschaft nicht zur Sklaverei ausarten zu lassen, findet sich in Artikel 214 des Friedensvertrages. Artikel 214 ist ausdrücklich fest, daß die Heimkehr der Kriegsgefangenen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages erfolgen soll. Der Vertrag tritt aber erst in Kraft, wenn er von drei der genannten Hauptkräfte ratifiziert ist. Bisher ist die Ratifikation in diesem Umfange noch nicht erfolgt. Gleichwohl war die deutsche Regierung unablässig bemüht, das Los der Gefangenen zu lindern und ihre frühere Heimkehr zu ermöglichen. Gegen die Verzögerung der Post hat Graf Hanbau bereits in der Rede, die er bei der Ueberreichung des Entwurfs des Friedensvertrages am 7. Mai in Versailles hielt, protestiert. Am 28. Juni hat der Gesandte v. Dantel um Auskunft darüber, wenn die im Artikel 215 vorgesehene Hauptkommission zusammentreten könne. Als keine Antwort erfolgte, richtete der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation an Herrn Clemenceau am 21. Juli

die folgende Note:
In der Note vom 26. Mai 1919 ist mitgeteilt worden, daß die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte mit größter Bereitwilligkeit eine Kommission zum Zwecke der Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen einsehen werden, sobald der Frieden unterzeichnet sei. Die deutsche Regierung hat den Frieden unterzeichnet und bereits ratifiziert. Sie ist indessen noch ohne Antwort auf ihre Note vom 28. v. M., worin die Einsetzung der in Rede stehenden Kommission beantragt worden ist. Die deutsche Regierung darf um baldige Mitteilung über die Zusammensetzung und den Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission zur Heimkehr der Kriegsgefangenen bitten. Als Vorsitzender der Kommission auf deutscher Seite wird Major Brandt bezeichnet, der sich bereits in Versailles befindet.

Die deutsche Abordnung zu der im Artikel 215 vorgesehene Hauptkommission war bereits, seit Beginn der Friedensverhandlungen in Versailles. Es ist also nicht wahr, daß die deutsche Regierung ihre Vertreter für diese Mission noch nicht entsandt hätte. Wahr ist im Gegenteil, daß die alliierten und assoziierten Mächte ihre Vertreter noch nicht ernannt haben. Solange diese Hauptkommission ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat, ist der Abtransport der Kriegsgefangenen nicht möglich. Mit den Angehörigen der Kriegsgefangenen, mit dem ganzen deutschen Volke wolle die deutsche Regierung sich eins in der

schärfsten Verurteilung der Zurückhaltung
der Kriegsgefangenen. Aber die Regierung verfügt nicht über die Macht und nicht über die Mittel, um die Leidenschaft der Kriegsgefangenen abkühlen zu können. In einer Sitzung, die am 1. August mit Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte in Paris stattfand, hat der deutsche Vertreter Freiherr v. Zerener neuerlich darum gebeten, endlich auf die Kriegsgefangenenfrage einzugehen. Minister Doumer hat versprochen, dem Präsidenten Clemenceau sofort Vortrag hierüber zu halten. Die Reichsregierung wird nach wie vor aufs äußerste bestrebt sein, den hunderttausenden unglücklichen Familien ihre Väter, Männer und Söhne so schnell wie möglich wiederzugeben. Es gibt keine Partei und keinen Finanzhandpunkt in dieser Frage des Blutes. Diese Erkenntnis wünscht die Reichsregierung aber auch denen, die sich nicht geschämt haben, parteipolitische Agitationen mit den Leiden und dem Schicksal unserer Kriegsgefangenen zu treiben. (Lebhafte Beifall und Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. v. Gräfe (D.N.) zur Ergänzung der Anfrage: Der Herr Reichsminister Müller hat in Beantwortung meiner lediglich zum Zwecke gestellten Anfrage, den er selbst in seinen Schlussbemerkungen erwähnt hat, nämlich zur Verbringung unserer Gefangenen und weiter Bevölkerungsgebiete, die durch die aus dem Auslande gekommene Nachricht tief erschüttert worden sind, es für nötig gehalten,

in seiner Antwort . . . (Präsident Jehrenbach, unterbrechend: Herr Abgeordneter! Es gibt bei den kleinen Anfragen nur das Wort zur Ergänzung der Anfrage!) Abg. v. Gräfe: Das ist keine Anfrage, die in der Weise . . . (Präsident Jehrenbach: Sie haben nur das Wort zur Ergänzung der Anfrage. In irgendeiner kritischen Bemerkung haben Sie das Wort nicht. Es ist nicht das ausdrücklich vor.) — Abg. v. Gräfe: Dann richte ich die Frage an den Reichsminister Müller, wenn er damit gemeint hat, wenn er von Leuten gesprochen hat, die diese Frage parteipolitisch ausnützen wollten. (Gelächter und Zwischenrufe: Sie! Sie! bei den So.)

Reichsminister Müller: Ich meine damit so schamlose Blätter wie die „Deutsche Zeitung“, die in ihrer Ausgabe vom 6. August mit der fetten Ueberschrift „Eine schwere Anklage gegen die Reichsregierung“ und mit der Unterschrift „Ihre Regierung will Sie gar nicht“ solche Behauptungen bringt, und diejenigen Kreise, die sich mit diesen schamlosen Verleumdungen identifizieren. (Lebhafte Beifall links. Große Unruhe rechts.)

(Der Bericht über die weiteren Verhandlungen der Nationalversammlung befindet sich auf der 2. Seite.)

Briefe aus Gefangenen-Lagern.

Zu den Ausführungen des Reichsministers des Auswärtigen Müller in der Nationalversammlung über die Kriegsgefangenenfrage, insbesondere zu der Behauptung, diese Frage werde zu parteipolitischer Agitation ausgenutzt, möchten wir bemerken, daß auch uns Briefe aus englischen Lagern vorliegen, in denen die Gefangenen sich darüber beklagen, daß die deutsche Regierung nichts für die Rückkehr der Gefangenen tue. In einem dieser Briefe heißt es wörtlich: „Auf eine schriftliche Anfrage bei unserem Lagerkommandanten u. a. wegen der Ungewißheit über unsere endliche Auslieferung, wurde durch Lageransatz bekanntgegeben, die War-Office London habe mitgeteilt, daß englische und französische Vertreter bereits in Paris zur Besprechung der Kriegsgefangenenfrage wären, die deutschen Vertreter aber bisher nicht eingetroffen seien.“

In einem zweiten Briefe, in dem dasselbe gesagt ist und der aus demselben Lager (Lilite Herbill Döwör) ebenfalls an eine deutsche Familie gerichtet ist, heißt es: „Sollte dies alles auf Wahrheit beruhen, so kann ich mir nichts Traurigeres vorstellen, als die jetzige Regierung.“

Damit dürfte feststeht sein, daß es sich bei dieser Anfrage keineswegs, wie der Minister des Auswärtigen behauptet hat, um eine parteipolitische Agitation handelte. Wenn den deutschen Gefangenen in England solche Auskünfte gegeben werden, so ist es nur zu begreiflich, wenn bei ihren Angehörigen Aufregung und Empörung ausgelöst werden. Es dürfte im Interesse der Reichsregierung liegen, sich darüber mit der englischen Regierung ins Benehmen zu setzen.

Vom ehemaligen Kaiser.

Paris, 12. August. (Eig. Drahtmeld.) Ueber Kaiser Wilhelm II. in Amerongen meldet der Pariser „Temp“ folgendes: Wilhelm II. hat ein gealtertes russisches und dies ist zum großen Teil die Folge seines Barthes, den er lang trägt und der weiß wie Schnee ist. Sein moralischer Zustand ist der eines resignierten und ruhigen Mannes. Er hat sich nicht allein davon überzeugt, daß seine Auslieferung nicht stattfinden wird, sondern er glaubt sogar, daß sie nicht einmal gefordert wird. Es ist vor allem die Meinung aller Holländer, daß die Auslieferung nicht stattfinden werde. Sie sagen, daß die Alliierten die Forderung nicht von der vollzogenen Ratifikation des Vertrages machen können, aber sie glauben, daß sie selbst dann von ihnen nicht gestellt wird.

Weitere französische Uebergriffe.

Berlin, 12. August. (Eig. Drahtmeld.) Wie die „Tägliche Rundschau“ von zuktändiger Seite erzählt, hat General Gerard am 5. Juni d. J. folgende Verfügung erlassen: Auf Befehl des Oberkommandierenden der alliierten Oeeze, des Marschalls Foch, wird der Regierungspräsident Herr v. Winterstein seines Amtes entbunden und aus dem Gebiete der Pfalz verwiesen. An seiner Statt wird Herr v. Klingensperg die Funktionen des Regierungspräsidenten ausüben. — Im Auftrage der deutschen Regierung wurde seitens der Waffenstillstandskommission gegen die Entsetzung des Regierungspräsidenten der Pfalz v. Winterstein von seinen Funktionen und seine Abchiebung aus der Pfalz, sowie gegen die Uebertragung seiner Funktionen auf einen anderen Beamten als gegen den Waffenstillstand verstoßend Einspruch erhoben und gebeten, die Wiedererhebung des Regierungspräsidenten v. Winterstein in sein Amt zu veranlassen.

Ueberhaupt mehrten sich in der letzten Zeit, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, die Fälle von schweren Uebergriffen der englischen und französischen Besatzungstruppen. In der Nähe von Düsseldorf-Reicholz, also in der neutralen Zone, ist ein deutscher Polizeikommissar ohne jeden Grund von einem französischen Soldaten erschossen worden. In der Pfalz wird die Gattin eines Ingenieurs, offenbar nur, weil sie Französin ist, von den Franzosen verschleppt worden. In beiden Fällen hat die deutsche Waffenstillstandskommission Einspruch erhoben.

Eingang der Belgier in Walmedy.

Walmedy, 12. August. (Gauis-Reporter.) Die belgischen Truppen haben heute mittag Walmedy besetzt.

Verlaßtes, 12. August. Nach den Morgenblättern wird die Senjur für Telegramme in Frankreich am 17. August um Mitternacht aufgehoben.

Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für die nationale Sammlung.

Vom Vors. des sächs. Christl.-sozialen Landesverbandes Amtsch. Dr. oec. publ. von Loebe n.

Die Pflege des nationalen Gedankens ist für das deutsche Volk in seiner jetzigen Lage eine Lebensnotwendigkeit geworden wie das Atmen. Von der Wiedererlangung der nationalen Einheit ist die Möglichkeit des Wiederaufbaues abhängig, der durchaus nicht eine selbstverständliche Wirkung der Zeit sein wird. Gedüht, verlehmt, bettelarm, ehrlos und wehrlos, wie wir vor der Welt stehen, können wir uns nur auf uns selbst verlassen. Solange wir aber noch nicht innerlich gefestigt sind, solange wir nicht unser inneres Gleichgewicht wiedergelunden haben, das uns im inneren und äußeren Zusammenbruch verloren gegangen ist, so lange werden wir weder den nationalen Willen noch die Kraft zum Wiederaufbau besitzen, so lange haben wir weder das Recht, noch die Fähigkeit, nach außen zu wirken, in der Welt mitbestimmend zu wirken. Wer hört auf den innerlich Schwankenden und Gedühten, wenn er den anderen Rat schläge für ihr Verhalten geben, oder gar Vorkrisen machen will? Unsere Aufgabe liegt jetzt nicht im Internationalismus und im Völkerverbundsgedanken, sondern in der inneren nationalen Sammlung, in dem Durchringen zu einem einheitlichen Volkswillen nicht nur in der Form von Mehrheitsbeschlüssen, sondern mit einem das ganze Volk umschließenden Inhalt.

In dieser Aufgabe wird das Verhalten der Arbeiterkassen den Ausschlag geben. Sie bildet nicht nur zahlenmäßig den größten Teil der Bevölkerung, und die sie betreffenden Fragen sind am wichtigsten geklärt und bedürfen der Lösung, sondern sie ist auch so weit organisiert, daß sie dauernd einen wertvollen Einfluß auf die Geschicke der Nation ausüben kann, dessen Berechtigung von niemand mehr bestritten wird.

Die Entwicklung der deutschen Revolution zeigt aber, daß der Teil der Arbeiterkassen, der vornehmlich die Führung der Nation übernommen hat, in sich scharf bestehende Gruppen zerfällt. Die Schärfe und Unerbittlichkeit dieser Gegensätze ist die bedeutendste Ueberraschung der Umwälzung. Sie haben die Erbsünderungen im Volksleben bis zum Unerträglichsten gesteigert und die Brüchigkeit der Grundlagen des radikalen Sozialismus bloßgelegt. Dieser hat die Höhe seiner Entwicklung überschritten und in der entscheidenden Zeit, wo die Sammlung der Nation am dringlichsten war, verlor und die Kräfte der Nation in zwecklosen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen vergeudet. Die ruhigeren Bahnen, in die der Sozialismus nun notgedrungen einlenken muß, werden seinen gemäßigteren Formen eine größere Auswirkung schenken. Es ist daher an der Zeit, auf die neuere Entwicklung der christlichen nationalen Arbeiterbewegung hinzuweisen, deren Bedeutung und Umfang viel zu wenig bekannt ist. Den Kerntrupp dieser Bewegung bilden die christlichen Gewerkschaften. Sie sind die Stütze- und Berufsorganisation der Bewegung, ähnlich aufgebaut wie die freien Gewerkschaften, und verfolgen als solche eine diesen verwandte Arbeiterpolitik. Nach Berufen gegliedert, z. B. als Metallarbeiter, Textilarbeiter, Bergarbeiter, sind sie seit 1903 zu einem Gesamtverband zusammengeschlossen, dessen Vorsitzender der deutschnationale Abgeordnete der Nationalversammlung Behrens ist. Dieser Tatsache gegenüber ist es sehr bedauerlich, wenn die christlichen Gewerkschaften im evangelischen Deutschland gern als katholische oder Zentrumsgewerkschaften bezeichnet werden.

Eins ist so falsch wie das andere. Gewiß haben die christlichen Gewerkschaften ihren Hauptstützpunkt im Rheinland, und es soll dem Zentrum nicht der Ruhm gewonnen werden, daß es die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften rechtzeitig erkannt, sie lebhaft unterstützt und dadurch sich einen festen Anhang in der katholischen Arbeiterschaft gesichert hat. Die Gründung der christlichen Gewerkschaften ist aber von Anfang an, d. h. vom Ausgang der vier Jahre, zwar im ausgesprochenen Gegensatz zu den viel älteren freien Gewerkschaften, die sich aus dem Schlepptau der Sozialdemokratie nicht freimachen ließen, auf klarer, christlicher, und zwar ausdrücklich interkonfessioneller Grundlage erfolgt. Die Evangelischen waren an der Gründung hart beteiligt und sind ganz gleichberechtigt. Die Ueberlassung des Vorsitzes an den durchaus evangelisch gesinnten Behrens, der in Mecklenburg geboren ist und sich in Berlin der Bewegung angeschlossen hat, und die führenden Stellen, die zahlreiche Evangelische inne haben, beweisen das. Auch haben in dem berühmten Streit Köln-Berlin die christlichen Gewerkschaften ihren interkonfessionellen Charakter gegenüber katholischen Führern tapfer verteidigt mit der durchschlagenden Begründung, daß in Deutschland eine Trennung der Arbeiterschaft in katholische und Evangelische in wirtschaftlichen und Ständesfragen eine überpaunte Forderung sei, daß für die notwendige sittliche Grundlage in diesen Fragen aber die allgemein christliche Weltanschauung genüge und die konfessionellen Fragen den verbündeten evangelischen und katholischen Arbeitervereinen überlassen bleiben müssen. In die Nationalversammlung haben die christlichen Gewerkschaften nicht weniger als 80 Führer entsandt, die allen

Parteien, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, an-
gehören.

Die evangelische Kirche und die kirchlich ge-
sinneten Evangelischen haben die Bedeutung der Arbeiter-
bewegung für die Kirche und der Religion für die Ar-
beiterfragen unterschätzt. Die als evangelisch geprägte
Neutralität hat in der Arbeiterfrage den Eindruck erweckt,
die Kirche habe für die Räte des Arbeiterhandes kein Ge-
fühl, sei ein Werkzeug der herrschenden Klassen. Be-
zeichnend ist die Antwort auf die Frage, was denn die
Kirche den Arbeitern getan habe: Sie hat uns eben nichts
getan. So stellt denn der evangelische Teil Deutschlands
den Hauptkritikpunkt für die kirchlich-ökonomische Rich-
tung der Arbeiterfrage. Die evangelische Kirche hat es ver-
schümt, dem Arbeiterstand in dem schweren Ringen um sein Empor-
kommen zu Hilfe zu kommen und ihm den nötigen stillen
Beistand zu geben. Jetzt wird sie deshalb von der Arbeiter-
schaft in ihrer Existenz bedroht. Die radikale Arbeiter-
schaft will an Stelle der evangelischen Religion den Sozialismus
setzen. Sie verkennt dabei die ungeheure Bedeutung der
Religion für ein Volk, die in seinen Tiefen wurzelnd sein
leichter Luftschiffsort in den Stürmen des Lebens ist, wie sie
jetzt über uns hereinbrechen. Der Sozialismus kann die
Religion nicht ersetzen. Seine Ziele sind dazu weder ein-
heitlich noch klar genug. Er ist nur eine Weltanschauung,
die gegenüber dem vorangehenden Individualismus mit
seiner Pflege der unbeschränkten persönlichen Freiheit von
der ausschlaggebenden Bedeutung der Gemeinheitskräfte
überzeugt ist. Die Ziele der radikalen Richtung sind über-
dies auf materielle Erfolge gerichtet, für die in Deutsch-
lands verwerflicher Lage die Voraussetzungen fehlen.

Dagegen hat sich die nationale und christliche Grund-
lage der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in der Um-
wälzung bewährt. Die wissenschaftliche Zeitschrift „Deutsche
Arbeit“ hat ihre Richtung unverändert beibehalten. Die
neuen aufstrebenden Fragen, namentlich der Gemeinwirtschaft,
werden ohne Sorge für die Gefährdung der Bewegung in
ruhigem Tone behandelt. Das im Kriegsjahr 1917 ent-
worfenen Programm wird weiter vorbereitet. Es enthält
das Bekenntnis der christlich-nationalen Arbeiter zum
Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des ganzen deutschen
Volkes und tritt für die Erhaltung aller nationalen Werte
ein. Die Deutschen sind groß gemacht haben.

Die früheren Erfolge sind enttäuschend. Trotz der An-
ziehungskraft des Radikalismus in der Revolutionszeit
haben die freien Gewerkschaften, die unter inneren Kämpfen
leben, gegenüber der Zeit vor dem Kriege ihre Zahl nur
etwa verdoppelt, während die christlichen Gewerkschaften
verdreifacht und damit die erste Million erreicht haben. Ent-
scheidend mehr daher Einspruch dagegen erhoben werden,
dass immer wieder in der Öffentlichkeit die Rundgebungen der
freien Gewerkschaften fälschlich als solche der „deutschen“
Gewerkschaftsbewegung schlechthin bezeichnet werden. In der
Gewerkschaftsbewegung selbst haben die freien Gewerks-
schaften schon lange die christlichen als völlig gleichberechtigt
anerkannt. Auch in Sachsen ist das Auseinanderhalten
der beiden Richtungen zu fordern. Die christlichen
Gewerkschaften haben seit Beginn des Krieges in Sachsen
ihre Mitgliederzahl auf 300000 verdreifacht. Dreihundert
christliche Gewerkschaften sind in Sachsen jetzt benutzbar
sind. Für ganz Deutschland aber liegt das Vorhandensein
der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften und ihre
erkennende Entwicklung den Keim zu der Hoffnung, dass sie
bei der uns so dringend notwendigen Zusammenfassung und
Sammlung zur nationalen Einheit eines der wichtigsten
Elemente für die Auslösung der Arbeiterfrage mit den
übrigen Ständen bilden werden. Sie sind für diese großen
Aufgabe bewacht. Die neueste Flugchrift: „Was tut noch?“,
die in Köln im Christlichen Gewerkschaftsverband erschienen
ist, schließt mit den Worten:

In ihr ist mehr als in irgendeiner anderen Bewegung das
Menschliche lebendig, woraus es entspringt: in der christlichen
Weltanschauung, von der wir uns nicht trennen dürfen. Aus
diesem Verständnis entspringt die wahrhaft soziale Ge-
samtheit. Ohne diese Sehnsucht kann eine bessere soziale Ordnung
nicht geschaffen werden. Das sagen wir heute auch einseitig
und christlich. Sozialdemokraten und Juden müssen nach Ertrag für die
ideale Seite des Materialismus. Wir wollen sie nicht hören und
nicht willkürlich ihrer Verleumdung fröhnen; unsere Aufgabe
ist, mit aller Kraft dafür zu sorgen, dass unsere stillen Grund-
anschauungen sich jetzt im Saats- und Wirtschaftsleben durchsetzen
dadurch, dass wir uns selbst bewahren. Als christliche Arbeiter
dürfen wir nicht verzweifeln und uns auch nicht von den Ereignis-
sen treiben lassen. Mut und Tapferkeit müssen wir entfalten,
ein jeder an seinem Platze. Es geht um höchstes, um die Ver-
wahrung unserer stillen Anschauungen und damit unserer Welt-
anschauung.

Diese Weltanschauung ist die Hoffnung ausstrahlen,
dass in der deutschen Arbeiterfrage wieder die stillen
Grundlagen gefunden wird, die das deutsche Volk zu seiner
nationalen Sammlung so bitter nötig hat.

Neue Forderung Grzbergerlicher Lügen.

Berlin, 12. Aug. (Eig. Drahtmeld.) Staatsminister
Dr. Helfferich hat an den Reichsfinanzminister Grz-
berger nachstehendes Schreiben gerichtet:

An Seine Excellenz den Herrn Reichsfinanzminister
Matthias Grzberger, Weimar, Berlin, 10. August 1919.

Das Stenogramm Ihrer Rede vom 25. Juli, die auf
Reichsnoten verbreitet werden soll, ist mir erst heute zu-
gänglich geworden. Ihre Ausführungen über mein Ver-
hältnis zu den belgischen Fragen nötigen mich zu folgen-
den tatsächlichen Richtigstellungen:

1. Um mir die Generalverantwortung für die belgischen
Angelegenheiten aufzubürden, behaupten Sie:
„Die belgische Zivilverwaltung unterhandelt dem Reichsamt
des Innern, das Herr Helfferich vom 22. Mai 1918 bis 9.
November 1917 als Staatssekretär leitete.“

In Wirklichkeit unterhandelt die belgische Zivilverwaltung
ebenfalls wie übrigens die polnische Zivilverwaltung nicht dem
Reichsamt des Innern, sondern dem Generalgouverneur
zur, der seinerseits unmittelbar Sr. Majestät dem Kaiser
unterstellt war. Als Staatssekretär des Innern war ich
für Angelegenheiten der belgischen Gebiete nur insoweit zu-
ständig, als zu meinem Ressort gehörende innerdeutsche Ver-
hältnisse und Interessen berührt wurden.

2. Ihre Behauptung, dass unter Führung des Staats-
sekretärs Helfferich schwerindustrielle Aspirationen auf bel-
gischen Organen vorliegen, ist gleichfalls unrichtig.
Der von Ihnen als Beweis erwähnte Zusammen-
schluss deutscher industrieller Unternehmungen zum Zweck
der Gewinnung wirtschaftlichen Einflusses in Belgien ist auf
der Initiative der Industrie ohne jedes Zutun meinerseits
erfolgt. Die deutschen Behauptungen, anstelle des englisch-
französischen Einflusses in Belgien wirtschaftlich Fuß zu
fassen, habe ich allerdings öffentlich unterstellt, jedoch
stets darauf gehalten, dass die Grenze des völkerrechtlich Zu-
lässigen nicht überschritten wurde.

3. Ihre Behauptung, die Beteiligten seien sich darüber
einig gewesen, dass sich das Reich den Forderungen nicht
entziehen könne, die sich politisch und moralisch aus einer
solchen Gründung ergeben, soll wohl so verstanden werden,
dass sich das Reich durch jene industrielle Gründung politisch
und moralisch habe engagieren lassen, insbesondere hinsichtlich
der Friedensverhandlungen. Der Schriftwechsel, in dem ich
gegenüber den Beteiligten das gerade Gegen-
teil dieser Auffassung vertreten habe, kann Ihrem
Schriftinn und der Aufmerksamkeit der von Ihnen mit der
Durchführung der Akten beauftragten Abgeordneten der
Reichstagsparteien umgänglich entgegen sein.

4. Sie behaupten, dass die in französischem und eng-
lischem Besitz befindlichen Gas- und Wasserwerke den deut-
schen Gesellschaften „zu billigen Preisen überlassen worden
seien“. Aus den Akten muss Ihnen bekannt sein, dass ich im
Gegensatz zu der in England und Frankreich vielfach be-
liebten Verkleinerung des deutschen Eigentums stets dar-
auf gesehen habe, dass die zu liquidierenden feindlichen
Objekte nicht unter einem angemessenen Min-
derpreis abgegeben würden. Ich erinnere an die eng-

Die Finanzgesetze in der Nationalversammlung.

Von unserem Weimarer Sonderberichterstatter.

Nach den auf der ersten Seite mitgeteilten Ausführungen
des Reichsministers Müller über die Kriegsgegenstands-
frage folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines

Bündelwarenersteuergesetzes.

Die Paragraphen 1 bis 3 werden bei der Besprechung zu-
sammengelassen. Zum § 1 (Monopol) liegt ein Antrag
Kempfers (D. So.) auf Streichung der Worte: „das spätere
bis zum 31. März 1921 in Kraft treten muss“, vor.
Weiter ein Antrag Arnhaldts (D. R.) u. Gen. auf Beseitigung des
ersten Absatzes: „Zum Gebrauche im Inlande bestimmte
Bündelwaren unterliegen einer in die Reichskasse fließenden
Verbrauchsabgabe“. Zu § 3 (Kontingenterhebung) beantragen
Kempfers u. Gen. die Wiederherstellung der Regierungsvor-
lage, ebenso Arnhaldt (Dem.) u. Gen. Arnhaldt u. Gen.
beantragen eine andere Fassung der Regierungsvorlage.

Nach längerer Debatte wird das Gesetz unter Ab-
lehnung der erwähnten Änderungsanträge mit gering-
fügigen Änderungen angenommen. Das Spielartengesetz
wird in zweiter Beratung ohne Debatte erledigt.

Erste Beratung der großen Finanzgesetze.

Präsident Fehrenbach macht Mitteilung über die ge-
schäftliche Lage. Er hofft, dass bis zum 30. August sämtliche
Vorlagen zu Ende gebracht werden können. Trotz der
kolossalen Arbeit, die die Nationalversammlung mit Reich
und Ausdauer leistet, muss bis zu diesem Tage ein beschlus-
fähiges Haus ermächtigt werden.

Reichsfinanzminister Grzberger:

Das Haus und das deutsche Volk haben ein Recht,
mehrere Fragen beantwortet zu hören: Was ist, was
muss und wie wird es werden? Was ist? Das
größte Finanzgesetz, das die Welt je zu sehen bekam. Was
werden wir? Baldige Ordnung unseres gesamten Finanz-
wesens! Reich, Länder und Gemeinden und Gleichgewicht
zwischen Einnahmen und Ausgaben im großen und kleinen.
Wie soll es werden? Ein durchdachtes Steuersystem müssen
wir aufstellen. Einheitliche Erfassung aller Steuerquellen,
Gerechtigkeit auf der einen Seite, Gerechtigkeit auf der
anderen. Nur unter diesen Voraussetzungen ist Hoff-
nung und Möglichkeit, dass Deutschland erhalten bleibt und
vor dem schweren Unglück, dem Staatsbankrott, der hier
ein Volksbankrott ist, bewahrt wird. Der Redner gibt dann
ein

Uebersicht über die Finanzlage,

wie sie sich in Deutschland von 1913 bis 1918 entwickelt hat.
Das Kennzeichen der deutschen Wirtschaft und Finanzlage
ist die unebene Plünderung des deutschen
Volksvermögens. Wir müssen sofort mit aller Be-
schleunigung an die Schaffung einer deutschen Handels-
politik herangehen. Wir müssen sofort, ebenfalls mit
größer Beschleunigung, unseren Auslandsbeziehungen
mit Reichsvorsichtigen zu Hilfe kommen. Schon die nächste
Woche wird eine betreffende Vorlage an die Nationalver-
sammlung bringen. Endlich muss unser Beamtenstand ent-
schult werden.

25 Milliarden neue Steuern müssen aufgebracht werden.

Seit dem Weltkriege ist eine Milliardenplünderung über die
Welt gekommen. Das Höchstmaß, welches ein Kriegsjahr
an Anleihen aufbrachte, waren 25 Milliarden. Dieses
Höchstmaß muss jetzt das Volk Jahr für Jahr aufbringen.
Bei einem vollendeten Staatsbankrott würden aus zwei
Dritteln des gesamten Privatvermögens vernichtet werden
und die gesamte Wirtschaftsmaschine würde zum Stillstand
kommen. Darum wird die Reform kommen, weil sie kom-
men muss. Dazu gehört auch eine vollkommene Umgestal-
tung der Steuerveranlagung im Sinne höchster Gerechtig-
keit. Uebersicht in der Welt hat eine gewaltige Umwertung
aller Werte stattgefunden. Die Weltrevolution vollzieht
sich unter starken Leiden. Ein wahrer Völkerver-
bund ist auch der Wunsch des arbeitenden Deutschlands.

Finanzpolitik ist der Krieg noch immer nicht abgeschlossen.

Auch dieses Problem muss bewältigt werden. Ich werde am
1. Oktober einen geordneten Etat vorlegen. Re-
gierung und Parlament müssen mit Nachdruck arbeiten, um
Ordnung in das Chaos der Liquidation des zusammen-
gebrochenen Kriegsunternehmens zu bringen. Wir haben
auch aus dem Friedensvertrag sehr schwere Pflichten über-
nommen, denen wir mit ehrlichem Willen nachzukommen
haben. Die Lösung des Problems ist geknüpft an das
Wort: „Arbeit im Dienste des Gemeinwohls“. Dem alten
Wort: „Zum Kriegsführen gehört Geld, Geld und nochmals
Geld, stelle ich das Wort gegenüber: „Zum Frieden gehört
Frieden, Frieden und nochmals Frieden!“. (Beifall) Pri-
villegien gibt es im neuen Deutschland nicht.
Wenn nicht gearbeitet wird, ist jedes Bemühen um die
Rettung des Vaterlandes aussichtslos. Zunächst gilt es,
die schwebende Schuld zu beseitigen oder herabzumindern.
Es sind 76 Milliarden! Jede Vermehrung der
schwebenden Schuld muss ausgeschlossen sein, also: Schaffung
neuer Einnahmen. Neben den neuen Einnahmen aber gilt
es, überall Sparmaßnahmen zu treffen. Es wird natür-
lich nicht gelingen, am 1. Oktober einen balancierenden
Etat ohne Anleihen vorzulegen. Zur Herabdrückung des
Erfordernisses erwarten wir erhebliche Einnahmen aus
der Kriegsabgabe und der Zuwachsabgabe für 1919, auch
aus dem Reichsnotopfer, wenn es angenommen wird, aber
alles in allem werden wir die schwebende Schuld damit
höchstens auf 58 Milliarden ermäßigen. Drei Anleihen-
wege würden uns zur Verfügung stehen:

Freie Anleihen, Prämienanleihen oder Zwangsanleihen.
Der letzte Weg muss unter allen Umständen vermieden
werden. Ob und wann wir den Weg der alten Anleihen
beschreiten können oder zur Prämienanleihe übergehen

lassen darüber in Berlin, wo ich auf Grund eigener
Nachforschungen eine der ursprünglichen Sachverständigen-
achten beträchtlich übersteigenden Preis zur Bedingung ge-
macht habe, mir auch hiesige Angriffe ausgesetzt habe. Aus
den von Ihnen durchgeführten Akten müssen Sie ersehen
haben, dass ich bei der Liquidation der belgischen Gas- und
Wasserwerke in dem gleichen Sinne eingegriffen und eine
wesentliche Erhöhung des ursprünglichen in Brüssel fest-
gesetzten Mindestpreises durchgesetzt habe.

5. Dass ich die Behauptungen der deutschen Industrie-
gesellschaften an Erkennung eines Monopols für den
Erwerb der in Belgien zu liquidierenden Objekte auf das
entschiedenste abgelehnt habe, wollen Sie nicht zu-
bekennen. Wenn Sie mir aber einen Vorwurf aus der
Kauf machen wollen, dass solche Bewerber, die eine Sicher-
heit für die dauernde Verwertung des Objektes im deut-
schen Gesamtinteresse bieten, ostentiv paribus in erster Reihe
berücksichtigt werden sollten, so kann ich mein Erhalten
nicht unterdrücken, dass dieser Vorwurf mir von Seiten
eines Mannes kommt, der als Abgeordneter die Besor-
gung einer Privatfirma, bei der er persönlich
interessiert war, mit der größten Ungenauigkeit, aber mit
durchschlagendem Misserfolg von mir verlannte.

6. Der von Ihnen vorgebrachte Fall der belgischen
Campine und des zwischen dem General Ludendorff und
mir hierüber geführten Telegrammwechsels scheint mir hin-
reichend geklärt durch die Schrift von mir vorgelegte
Kaufakta, dass hier lediglich die völkerrechtlich einwandfreie
und als Repräsentation von Ihnen selbst als not-
wendig anerkannte Liquidation des französischen

müssen, wird sich hoffentlich noch vor unserem Auseinander-
gehen endgültig entscheiden.

Dann müssen Maßregeln ergriffen werden gegen die
Kapitalflucht. Es sind in der Tat Tatsachen an die
Oeffentlichkeit gekommen, die leider den schlimmsten Be-
fürchtungen auf diesem Gebiete recht geben. Es hat sich
geradezu eine organisierte Steuerflucht entwickelt. Durch
die Maßregeln, die noch gegen die Kapitalflucht ergriffen
werden sollen, werden übrigens die deutschen Bank-
noten, die sich im Ausland befinden, weiterhin
Wertminderung erfahren. In jedem Falle werden
die Maßnahmen hart sein, denn wer sich der Besteuerung
entzieht, der schadet der Allgemeinheit.

Die bis jetzt in zweiter Beratung verabschiedeten
Steuererlasse und die noch zu verabschiedende Erbschafts-
steuer werden etwa 8 Milliarden bringen. Es müssen aber
25 Milliarden beschafft werden. Dazu in erster Linie dienen
die Einnahmen aus dem Reichsnotopfer und der Umsatz-
steuer und aus der großen Reichsreformsteuer. Aber
wenn auch ihre Höhe zum Höchstmaß angefasst werden,
so werden sie noch nicht ausreichen, und deshalb müssen
neue Wege beschritten werden. Damit kann ich mich durch-
aus einverstanden erklären, dass die Umsatzsteuer erst dann
verabschiedet wird, wenn die parlamentarische Sicherheit be-
steht, dass die Reichsreformsteuer eine allseitig befrie-
digende Lösung finden wird. Das große Vermögensopfer
ist der erste Schritt zur Reichsfinanzreform. In finanz-
politischer Hinsicht bietet das Reichsnotopfer die Möglichkeit
zur Herabminderung der schwebenden Schuld und zur Be-
seitigung der Papiermehrwirtschaft und vermindert damit
die ungeheuren Lasten des Zinsendienstes. Sie ist das ge-
eignete Mittel, den Reichskredit zu heben. Sie gibt An-
lass zu einer

Generalinventur des gesamten Volksvermögens
und ist ein brauchbares Gegenmittel gegen Kapitalflucht.
Wenn die breiten Massen sehen, dass die finanzkräftigen
Kreise bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet
werden, dann wird auch moralisch

der Weg frei zu den indirekten Steuern.

Für die Vermögensabgabe sprechen volkswirtschaftliche
Erwägungen. Kennzeichnend für den heutigen Zustand
unseres Wirtschaftslebens ist das ungeheure Verhältnis
von Reichtum und Armut des Volksvermögens. Darin
erblicke ich das wirtschaftliche Grundübel der Gegenwart.
Es ist ganz selbstverständlich, dass das Betriebskapital nicht
so stark gekürzt werden darf, dass der Wiederaufbau unseres
Wirtschaftslebens zur Unmöglichkeit wird. Die Verminder-
ung des flüssigen Geldes wird vor allem auch die Besit-
zter wieder wertlos machen und u. a. auch den Kurstand
der Kriegsanleihen heben. In den Preisen von 1914 wer-
den wir lange Zeit nicht wieder einkaufen können, denn
die Preise sind in der ganzen Welt ganz erheblich gestiegen.

Nach dem Friedensvertrag, und erst recht durch ihre
Wartelnote, hat sich die Entente des Rechtes gegeben, Hand
an die Einnahmestellen Deutschlands zu legen. Sollte sie,
entgegen dem klaren Rechtsstand und in Widerspruch mit
den eigenen Noten, es versuchen, so bedeutet das einen un-
erträglichen Eingriff in die Souveränität des Deutschen
Reiches. Das wäre gegen ihre eigenen wirtschaftlichen
Interessen. Außerdem würde die Reichsregierung am
30. September der Nationalversammlung treten, um
die Ermächtigung zu erbitten, das Reichsnotopfer nicht aus-
zuführen.

Das Reichsnotopfer hat aber eine eminent soziale
Bedeutung und es muss eine ethische Wirkung ausüben.
Jedermann muss für das Volk arbeiten, und da wir durch
den Krieg das Vermögen gewonnen haben, das das Volk
eine Schicksalsgemeinschaft ist, so wird das Volk als
eine Körperschaft diese Last tragen und seine letzten Er-
sparnisse mobil machen. Das Reichsnotopfer ist auch ein
Sühneopfer für den mamonistischen Geist, der weite
Kreise des Volkes erfasst hat. Dieses Vermögen waltend
der Gerechtigkeit wird allen Volksgenossen die Mitarbeit
am Wiederaufbau des heiliggeliebten Vaterlandes leichter
machen. Die

Umsatzsteuer

begrüßt in weiten Kreisen großen Bedenken. Es
sind aber so viele Milliarden zu beschaffen, dass wir
mit einem Steuersystem auskommen, in welchem
neben den direkten auch die indirekten Steuern
nicht fehlen. Die bestehende Umsatzsteuer muss aus-
gebaut werden. Jeder Verbrauch muss hart belastet wer-
den. Auch Lebensmittel haben nicht verschont werden
können. Die Umsatzsteuer vereinigt in sich die allgemeine
Umsatzsteuer, die Luxussteuer, die Inkersteuer, die Mobell-
und Depotssteuer. Eine Entlastung der kleinen Betriebe hat
sich als technisch undurchführbar erwiesen. Die Reichs-
abgabenordnung schlägt eine Reichsorganisation der
Steuerverwaltungen vor, die unbedingt noch vor den
Ferien erledigt werden muss. Mit der Durchführung der

reichseigenen Steuerorganisation

wird der größte Schritt zur Schaffung eines einheitlichen
deutschen Nationalstaates getan. Vor dem Kriege fielen
85 Prozent eines Steueraufkommens von 5 Milliarden
dem Reiche zu, jetzt fallen ihm 45 Prozent von 25 Milliar-
den zu. Die Einzelstaaten haben das Opfer des Verzichtes
auf eigene Steuerverwaltungen gebracht. Auf die selbst-
ständige Existenz der Einzelstaaten wird ebenso wie auf
die eigene die weitestgehende Rücksicht genommen werden.
Um die Steuererlasse zu den in Aussicht genommenen
Terminen in Kraft treten zu lassen, ist es notwendig, die
gesamte Steuerreform mit der Steuerorganisationsreform
und dem Steuerrecht noch im Laufe dieses Jahres zu verabschie-
den, und damit ein Werk zu schaffen, das an Bedeutung
hinter der Reichsverfassung nicht zurücksteht, und auch dem
deutschen Volke zum Segen gereichen wird.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr
verlegt. — Schluss 1/2 Uhr.

Anteil an den Kohlenfeldern in Frage kam. Entgegen an-
deren Behauptungen habe ich mich, so lange ich überhaupt
an amtlicher Stelle mitzureden hatte, der Liquidation auch
des belgischen Anteils an der Campine widersetzt.

Ich kann mir zum Schluss eine Bemerkung nicht ver-
sagen: Sie sind im einstigen Belgien der verfahrenen über-
wiegend amtlichen Akten. Sie machen von dieser Ver-
fahrensweise Gebrauch, indem Sie die Oeffentlichkeit nach
Ihrer Wahl aus dem Zusammenhang herausgerissen vor-
legen, was Ihnen für Ihre Zwecke gut scheint und unter-
lassen, was Ihnen für Ihre Zwecke weniger gut scheint.
Ein solches Verhalten ist unannehmlich. Gerade das ge-
haltvolle ist damit, dass Sie dieses Verhalten ausrechen
erhalten und auch weiter zur Anwendung bringen werden.
Ich beanne mich mit der Festhaltung der Tatsache, dass ich
Ihre Rede auch in den oben bezeichneten Belgien betreffen-
den Punkten auf Reichsnoten die Unannehmlichkeit nicht
ich verdrängt, die deutsche Sache in den Augen des
Auslandes geschädigt und Wasser auf die Mühlen der En-
tente geleitet wird.
Gen. Dr. Helfferich.

Die Wirkung der Grzberger-Entscheidungen.

(Signer Drahtbericht des Weimarer Nationalstaats-
Ministeriums, 12. Aug. Wie aus London gemeldet wird,
werden seit Mitte voriger Woche in London Sonderabdrude
der Reden der deutschen Staatsmänner in der Weimarer
Nationalversammlung über das Eingehenden der Campine
Deutschlands am Weltkrieges lohnlos auf Straten,
Plätzen und in den Lokalen verteilt. Auf weiten Höhen
die Gratisverteilung erfolgt, soll nicht fehlerhaft sein.

Seite 2
Weimarer Nachrichten
Mittwoch, 13. August 1919
Nr. 222

Ein Kabinett Kovacs in Budapest?

Budapest, 12. Aug. Die Widerstände, welche die monarchistischen Kreise der Regierung innerhalb des Landes und auch im Auslande ausgedehnt haben, veranlassen die Regierung, von ihrer Tendenz abzurufen. Infolgedessen nehmen die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten nunmehr einen günstigen Verlauf. Der Führer der Sozialdemokraten Garami ist heute in Budapest angekommen. Nach dem Verlauf der Dinge ist es wahrscheinlich, daß das Kabinett Kovacs die Regierung zu übernehmen in der Lage sein wird.

Das Gericht über Kuhn.

Wien, 12. August. Wie der „Neue Tag“ erzählt, ließ die französische Regierung durch ihre Wiener Mission der deutschösterreichischen Regierung die Mitteilung zukommen, daß sie für die Person Bela Kuhn Haftbar mache. Als Grund für diese Verfügung wurde angegeben, daß die Entente entschlossen sei, Kuhn für die Verbrechen und Gewalttaten, die während der Herrschaft der Kaiserregierung in Ungarn verübt wurden, zur Verantwortung zu ziehen.

Ende des Kallarbeiterkreises.

Halle a. S., 12. August. (Eig. Drahtmeld.) Die von der Streikleitung einberufene Streikkonferenz der deutschen Kallarbeiter, die gestern in Halle tagte, beschloß, obwohl fast ausschließlich unabhängig vertreten waren, in gemeinsamer Abstimmung, den Generalkreuz der Kallarbeiter als aussichtslos abzubrechen.

Die spartanische Streikjurie.

Kattowitz, 12. August. Die Presschelle des Staatskommissariats teilt mit: Die Streikbewegung ist weiter im Zunehmen. Die gestern genannten Gruben streiken noch; weiter hinzugekommen sind: Gräfin Laura und Richterschächte von der Vereinigten König- und Laurahütte, Carthencentrum, Berginspektion 4, Knurrow, Brandenburg-Grube und Demits. Auf Deutschland und Schlesiens-Grube ist kein Mann vorhanden. Die Notstandsarbeiten werden notwendig von Steigern und Beamten ausgeführt. Auf den übrigen Gruben werden die Notstandsarbeiten von überzähligen Arbeitern und Arbeiterinnen auch nur notwendig ausgeführt. Der Streik ist rein politisch. Wirtschaftliche Forderungen sind überhaupt nicht gestellt worden. Ein sogenannter Delegiertenverband hat folgende Forderungen aufgestellt: Um der ernsten Gefahr eines Generalkreuzes vorzubeugen, wird um Durchführung nachstehender Maßnahmen ersucht: 1. Restlose und sofortige Einstellung der streikenden Arbeiter, welchen gekündigt worden ist oder die bereits entlassen sind. 2. Zur Einstellung der Grubenschichten in ihr früheres Arbeitsverhältnis kann erst dann Stellung genommen werden, wenn gemäß Punkt 1 sämtliche entlassenen Arbeiter eingestellt sind. 3. Entlassung der politischen Bekannten. 4. Der Delegiertenverband der Oberte Oberstele ist voll und ganz als vertragsmäßiger Stand anzuerkennen. 5. Volle Gewähr für ungehindertes Tögen der Delegierten und ungeschickliche Überleitung eines Raumes, sowie von Bureaukräten, nebst dem dazu gehörigen Inventar. 6. Volle Entschädigung der streikenden Delegierten, welche die Interessen der Arbeiter vertreten. Es werden 4 oder 5 Personen in Frage kommen, die künftig ihren Sitz in den geforderten Räumen haben würden. 7. Aufhebung der Wagensperre und des Verlagerungszustandes. Wie begründet verlaute, soll noch heute versucht werden, Verhandlungen einzuleiten.

Annahme der neuen bayerischen Verfassung.

Bamberg, 12. August. Der bayerische Landtag hat die neue Verfassung für den Freistaat Bayern in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 8 Stimmen der Unabhängigen bei einer Stimmentzählung angenommen. Die Änderungsanträge der Sozialdemokraten auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage bezüglich der gänzlichen Abschaffung des Abels wurden abgelehnt. Die Abelsnamen bleiben also in Bayern erhalten.

Carnegie.

Andrew Carnegie, der amerikanische Milliardär, der nach einer holländischen Meldung seinen in London gestorben ist, ist in Deutschland vornehmlich durch seine gewaltigen Stiftungen für gemeinnützige Zwecke bekannt geworden, zumal nachdem er als Protektor für eine Stiftung des früheren Deutschen Kaisers gewonnen hatte. Der als 18-jähriger 1848 nach Amerika ausgewanderte Schotte legte den Grundstein zu seinem Riesvermögen, als er, nach Jahren arbeitsreicher Beschäftigung, mit seinem Freunde Scott die von Woodruff erfundenen Schlafwagen in den Handel brachte. Später warf er sich auf die Ausbeutung von Delaques, dann auf den Bau von Eisenbahnbrücken und gründete in den achtziger Jahren Eisen- und Stahlwerke, die er in der Carnegie-Stahl-Gesellschaft vereinigte. Damit war er der „Stahlfürst“ der Welt geworden und konnte sich nun seinen menschenfreundlichen Neigungen widmen, die vor allem der Fürsorge für die Arbeiter galten. Er schuf Bibliotheken, riesige Stiftungen für Lebensretter und deren Hinterbliebene im Leben usw. Auch unter die Förderer der internationalen Friedensbewegung ist Carnegie zu zählen; er war es, der dem Weltfrieden wenigstens ein prunkvolles Haus im Haag errichtete, und es ist immerhin denkbar, daß es wieder ein Amerikaner sein sollte, der dafür eine weitere prunkvolle Dekoration besteuerte, nämlich den Weltfriedenshaus seine wahrhaftige Bestimmung geben zu können. Carnegie ist 67 Jahre alt geworden.

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Residenz-Theater: „Der Dumascher St. Durkhaucht“ (3/8); Albert-Theater: „Die Waise der Pandora“ (3/8); Central-Theater: „Die drei Zwillinge“ (7).

† **Bildnerischer Schmund des Kurortes Gottkunda.** Aus Bad Gottkunda wird uns geschrieben: Nachdem auf Ansuchen der Stadtverwaltung vom Ministerium des Innern die Mittel zur bildnerischen Ausschmückung des hiesigen Kurparkes aus dem Kurparkfonds in Höhe von 20000 Mk. bewilligt worden sind und die vom Akademischen Rat zu Dresden ausgeschriebene Preisbewerbung abgeschlossen ist, wurde dem Bildhauer Gustav Reismann in Dresden der erste Preis für seinen Entwurf und zugleich der Auftrag erteilt, die von ihm entworfenen vier Figuren, die Jahreszeiten darstellend, zur Ausführung zu bringen. Die Aufstellung der Bildwerke ist für Anfang Oktober in Aussicht genommen, womit unsere Kuranlagen eine weitere Verschönerung und erhöhte Anziehungskraft gewinnen.

† **Die Frau an der Orgel.** Ein Verbot, der wie kaum ein anderer in die Hände der Frau gelegt werden kann, ist der des Organisten. In neuerer Zeit haben sich Frauen mehr und mehr dem Studium des Orgelspiels zugewandt und sich bei den Kirchenbehörden um Organistenposten beworben. Das Magdeburgerische Konsistorium hat wohl als erstes in Deutschland dem Verlangen der weiblichen Organisten Rechnung getragen und die Parzellen angewiesen, das Freiwerden von Organistenstellen, sei es im Hauptamt, sei es als Ausschilfe, dem Konsistorium anzugeben. Es sollen dann bei der Besetzung der Posten die weiblichen Bewerber in gleichem Maße wie die männlichen Berücksichtigung finden.

Vertikales und Gächliches.

Drohende weitgehende Einschränkung des Zugverkehrs.

Da neuerdings wiederum in ober-schlesischen Kohlenbezirken Zustände der Arbeiter eingetreten sind, wird die oberschlesische unglückliche Versorgung der sächsischen Staatsbahnen mit Kohlen so verschlechtert, daß bereits für die nächsten Tage mit einer weitgehenden Einschränkung des Zugverkehrs, insbesondere der Personenzüge, gerechnet werden muß.

Die Verdringung der Chemiker Opfer

erfolgt heute, Mittwoch, nachmittags 8 Uhr in Chemnitz auf dem städtischen Friedhof. Die Chemitzer Arbeiterschaft sammelt sich auf dem Königsplatz zum Zuge. An der Trauerfeier werden außer den Angehörigen nur bestimmte Abordnungen teilnehmen, während die Massen am Friedhof vorbeiziehen. Der Arbeiterrat für den Industriebezirk Chemnitz ersucht die Chemnitzer Tageszeitungen, eine Zuschrift zu veröffentlichen, in der die Geschäftsinhaber gebeten werden, zum Zeichen der Trauer die Geschäfte von 12 bis 4 Uhr geschlossen zu halten.

Ministerpräsident Erdnauer

hat an General Müller, Kommandeur der Grenzjäger-Brigade 1, folgendes Telegramm gerichtet: Teile des Reichswehr-Regiments Nr. 37 sind am 8. August am Bahnhof Chemnitz in schwerbedrängte Lage geraten. Infolge des massenhaften Andranges einer Volksmenge, die durch Verbreitung unwahrer Behauptungen über die Absichten der Truppen irreführt wurde, kam es zu erbitterten blutigen Kämpfen. In diesen Kämpfen hat eine größere Anzahl Offiziere und Mannschaften das Leben eingebüßt, noch mehr wurden, zum Teil schwer, verwundet. Die Regierung beklagt diese Verluste aus schmerzlichen und spricht sowohl dem Truppenteil wie den Angehörigen der Getöteten und Verletzten ihr tiefempfundenes Beileid aus. Sie dankt allen, die im Dienste des Freistaates tapfer und treu bis in den Tod ihre Pflicht erfüllt haben. Velder befinden sich manche Kreise der Bevölkerung in der falschen Auffassung, als seien unsere Reichswehrtruppen Gegner des arbeitenden Volkes. Das Gegenteil hiervon ist wahr. Die Reichswehr ist ein Teil des arbeitenden Volkes und nur dazu bestimmt, die öffentliche Ruhe zu sichern, die unerlässlich ist, wenn unter tief danteberliegenden Wirtschaftslagen wieder gefunden soll. Am Anlaß der beklagten Vorfälle in Chemnitz ersucht die Regierung die Bevölkerung in Chemnitz wie im ganzen Lande, die Besonnenheit zu wahren und durch Einsicht und Vernunft die Wiederkehr so trauriger Ereignisse, wie sie sich in Chemnitz zugegetragen haben, zu verhüten. Dr. Erdnauer, Ministerpräsident.

Abgesehen von Verhöhrungen und anderen Befähigungen, denen die hier befindlichen Truppen in einzelnen Fällen bedauerlicherweise noch ausgesetzt gewesen sind, ist auch der Dienstauftrag ruhig verlaufen. Im benachbarten Niederschlesien wählten sich 15 Arbeiter veranlaßt, in den Streik zu treten, weil bei ihrem Fabrikdirektor ein Offizier einquartiert ist. Zur Verhütung möglicher Unruhen wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei den Veränderungen am Freitag auch Waffen, keine andere militärische Ausrüstung und Grenzsicherungsarbeiten in die Hände unverantwortlicher Elemente gelangt sind.

Haushalt und Wirtschaft.

Fleischversorgung in der Stadt Dresden.

Es erhalten für die laufende Woche auf die Reichsfleischkarte 2 Personen über 6 Jahre bis 150 Gramm Fleisch- oder Geflügelfleisch mit Knochen, Kinder bis zu 6 Jahren die Hälfte.

Verteilung von böhmischem Einmachsauer.

Dem sächsischen Lebensmittelamt ist es gelungen, fertigen Verbrauchsauer aus Böhmen für die sächsische Bevölkerung anzufahren. Es werden ungefähr 1 1/2 Pfund Einmachsauer auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben werden können. Die Zuweisungen an die Kommunalverbände werden sofort nach Eingang des Sunders mit größter Beschleunigung erfolgen.

In einem Teile der Presse wird von einer Mitteilung des sächsischen Wirtschaftsministeriums berichtet, wonach seitens der Reichsregierung Verhandlungen über den Ankauf von Zucker in Schweden in Schweden sollen. Das Wirtschaftsministerium hat eine dahingehende Mitteilung nicht erlassen; von einem Einkauf von Zucker in Schweden ist hier nichts bekannt.

12. Reichsteilung in der Amtsh. Dresden-Stadt.

Inländisches Mehl pro q. Mehl kann ohne vorherige Anmeldung vom 20. bis 25. August an Abschnitt 9 der roten Platzkarte für inländisches Mehl bezogen werden. Wer dagegen amerikanisches Weizenmehl erwerben will, hat Abschnitt 9 der Einfuhr-Zustatskarte für ausländisches Mehl oder für inländisches Mehl am 14. oder 15. August in einem einschlägigen Geschäft anzumelden.

Nährmittelverteilung in der Amtsh. Dresden-N.

Von den laufenden Nährmittellisten werden beliefert die Abschnitte 16 der gelben Karte A mit 1 Pfund Rindergeschmeckt, der roten Karte B mit 1/2 Pfund Griech und zwei Würfeln kochfertiger Suppe, der grünen Karte C mit 1/2 Pfund kochfertiger Suppe und 1/2 Pfund Kartoffelwasmehl, der blauen Karte D mit 1/2 Pfund Griech. Anmeldung spätestens bis zum 14. August.

† **Kleine Musiknachrichten.** Die romantische abendfüllende Oper „Laurins Rosenkranz“ von Wilhelm Muffe kommt in diesem Winter im Braunschweiger Landestheater zur Aufführung. — Das Wiesbadener Reibungs-Theater, das jahrelang dem Schauspiel dienste, wird jetzt in ein Oper- und Theater umgewandelt. — Eugen W. Oregin hat vier Dichtungen von Rabindranath Tagore für Männerchor und gemischten Chor, Klavier und Orchester komponiert, die Siegfried Wöh in Berlin zur Aufführung bringen wird. — Den Schiffspreis erhält in diesem Jahre der junge Karlsruher Komponist Hermann Jend, zuerkannt für seine vielsprechenden Kammermusikwerke, mit denen er kürzlich in kleinem Kreise vor die Öffentlichkeit trat und großen Erfolg erzielte.

† **Kleine Theaternachrichten.** Das Stadttheater in Bad Eibitz plant die Veranstaltung von modernen Dichtersendungen. Als erster spricht Dr. Walter Darlan, der Dichter des „Jahrmart in Pulsnitz“. — Das Ballett der Berliner Staatsoper gibt zurzeit in Sankt und Thüringen Gastspiel. — Das neue Werk Georg Kirchner, das vieraktige Drama „Hof“, wurde vom Münchner Schauspielhaus im Manuskript zur Aufführung angenommen. — Hans Müller's Dramolett „Die Sterne“ wurde vom Wiener Burgtheater zur Aufführung angenommen. — In Ludwigshafen a. Rh. fand ein Schauspiel der Comédie française mit Rollenwechseln Komödien statt, das die Ludwigshafener nicht ganz von der abstrakten französischen Theaterkultur abbringen konnte.

† **Preiswettbewerb.** Die Kreise der Kaufmannschaft von Berlin haben am 20. April einen Preis von 2000 Mk. für die beste Arbeit über das Problem der beruflichen Vertretung ausgesetzt. Nunmehr wird mitgeteilt, daß das Preisrichteramt folgende Herren übernommen haben: der Präsident des Reichs-Kollegiums, Geh. Staatsrat Budde, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsklubs, Dr. Frenkel, Professor Dr. Haffner, Göttingen, Staatssekretär a. D. Dr. August Müller und Professor Dr. Waldecker, Berlin.

† **Der Geologe als Schaffhüter.** Wie durch tiefbewusste geologische Forschung kostbare Bodenschätze erschlossen werden können, dafür ist die Entdeckung der neuen Kupfer-

Neue Höchstpreise für Weizenmehl.

Von jetzt an gelten folgende Preise für das Pfund:	Erzeuger- Höchstpreis:	Großhandels- Höchstpreis:	Einzelhandels- Höchstpreis:
3. rote Weizen und Karotten aller Art einschl. der feinen runden Karotten:	6	10 (11)	15 (16) Mk.
a) ohne Karotten:			
4. Weizenmehl ohne Karotten:	4	7 (8)	12 (13) „
b) Weizenmehl mit Gerstentrieben:	5	8	14 „
5. Weizenmehl:	5	12	17 „
6. Weizenmehl:	7	12	17 „

Die in runde Klammern gesetzten Preise gelten für die Kommunalverbände Dresden-Stadt und -Land, Leipzig-Stadt, Chemnitz-Stadt und Plauen-Stadt.

— Der Generalbevollmächtigte Sr. Majestät des kaiserlichen Königs von Sachsen Justizrat Dr. Eibes in Dresden teilt uns mit, daß die vom W. T. B. wieder-gegebene Nachricht der „Berliner Tageblatt“, der König habe einen Teil seines Vermögens ins Ausland verfrachten wollen, vollständig unrichtig sei. Der Chef der Vermögensverwaltung behält auch weiterhin die absolute Unrichtigkeit der Behauptung.

— Zum Reichsbeauftragten für Auswandererberatung wurde mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums der bisherige langjährige Leiter der Deutschen Auswanderer-Gesellschaft für Auswanderer in Dresden, W. Hans Klöfel, ernannt und ihm die Leitung der bei der Reichshauptmannschaft Dresden errichteten Zweigstelle des Reichswanderungsamts übertragen. Dem Leiter steht ein Beirat zur Seite, dem Hauptmann der Schutztruppe Winler (Westafrika) als Vorsitzender und u. a. Dr. Mann (Südamerika), Vöhr (Südamerika) und Dr. Preuke-Sperber (Süd- und Mittelamerika) als Mitglieder angehören. Die Anschrift lautet: Reichswanderungsamt, Zweigstelle Dresden, Landhausstraße.

— Vom Schicksal überaus hart geprüft wird der frühere Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 124 Generalmajor a. D. Leimbach, seit einiger Zeit in Jöhntz i. B. wohnhaft. Nachdem zwei seiner Söhne im Felde gefallen waren, kehrte der jüngste, Karl Hans, mit hohem Orden in die Heimat zurück und trat als begeisterter Soldat weiter Dienst beim Reichswehr-Regt. 37 als Leutnant und Adjutant. Die schweren Unruhen riefen ihn mit seinem Truppenteil nach Chemnitz, und hier ist er am Freitag bei den Straßenkämpfen gefallen. Dem schwer getroffenen Elternpaar ist damit das letzte Kind, die Hoffnung ihres Alters, lab entzogen worden.

— Todesfall. Im 80. Lebensjahre verchied hier am 11. Aug. Herr Generalmajor a. D. Erdmann Schubert. Der Entschlafene, der rühmlich an den Feldzügen 1804, 1806 und 1870/71 beteiligt war, nahm im Juni 1807 als Kommandeur des Pionier-Bataillons Nr. 12 seine Entlassung und erhielt 1808 den Charakter als Generalmajor. Zahlreiche Ordensauszeichnungen schmückten seine Brust. 1870/71 erwarb er sich u. a. das Eiserne Kreuz 2. Klasse. — Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. August, von der Halle des Johannisfriedhofs aus statt.

— Neue Sparkassen-Zweigstellen sind Schiffschiff 5 und Hochstraße 9 eröffnet worden.

— Die Angestellten der Metallindustrie hielten am gestrigen Dienstag im Gewerkschaftsamt eine öffentliche Versammlung ab, um zu dem neuen Tarife in der Metallindustrie Stellung zu nehmen. Der große Saal war überfüllt. Die Versammlung leitete der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestellter Herr Max Böhm. Er ersuchte einleitend die Versammlungsbesucher, sich bei ihrer Kritik des Tarifvertrages von dem Gedanken zu lassen, daß nicht immer der Tarifvertrag der beste sei, der die höchsten Gehaltsätze vorsehe. Der Kreisvorsitzer des Deutschen Handlungsgewerkschaftsverbandes Herr Düner verlas den in langen, schwierigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern zustande gekommenen Tarif und empfahl dessen restlose Annahme. Wenn er auch nicht jedem Einzelwünsche entsprechen dürfte, so seien in ihm doch die Interessen der Allgemeinheit der Angestellten gewahrt. Je rascher der Vertrag unterschrieben werde, desto schneller könne man verlangen, daß das Erkaufte auch in Anspruch genommen werden dürfe. Auch Herr Geiser trat für Annahme des Vertrages ein, dessen Abschluß bei der Tarifkommission volle Friedfertigkeit ausgelöst habe, denn mindestens 75 Prozent aller Kollegen würden künftig höhere Gehälter beziehen. Das Wichtigste aber, das erreicht worden sei, sei das Mitbestimmungsrecht. Der frühere Zustand, daß einzelne organisationslos seien, sei verschwunden, der Angestellte stehe dem Arbeitgeber nicht mehr rechtlos gegenüber. Herr Winler vom Gewerkschaftsamt wies darauf hin, daß es gelungen sei, auch die Kollegen in den kleinen Betrieben zu erfassen. Es sei ein guter Anfang gemacht worden, weitere Verbesserungen würden folgen. Auch dieser Redner sprach sich für Annahme des Tarifvertrages aus. Daselbst geschah von Herrn Ritsche für den Bund der sächsischen Beamten und von Herrn Peter für den Wertmehrerbund. Nach längerer Aussprache in der von allen Seiten der Tarifkommission für ihre treue, selbstlose Arbeit Dank ausgesprochen wurde, dem die Versammlung auch durch Erheben von den Plätzen Ausdruck gaben, fand der Tarifvertrag einstimmig Annahme.

— Die Flauenische Schreibenshüter-Gesellschaft feierte am Sonntag das 21. Stettin-Jubiläum. Am Nachmittage fand im Schützenhause zu Trachen unter zahlreicher Teilnahme das „Königliche“ Fest. Die Jubiläumswürde erlangte wiederum Obermeister Wilhelm Hennig. Erster Ritter wurde Oberpostkammerer W. Israel und zweiter Ritter Schneidermeister Albert Martin. Am Abend vereinigten sich die Schützen mit ihren Damen zu einem durch geballte Anreden verhöhrten Festmahle im Flauenischen Lagerkeller.

— Der Geologe als Schaffhüter. Wie durch tiefbewusste geologische Forschung kostbare Bodenschätze erschlossen werden können, dafür ist die Entdeckung der neuen Kupfer-

erzlager Finnlands ist ein sehr bemerkenswertes Beispiel. In den „Naturwissenschaften“ macht H. Herrmann über die Auffindung der reichen Erzlagerstätte von Outokumpu nähere Mitteilungen. Bei Kotalmi in Ost-Finnland wurde im Gesteinbecken ein erdalkali-Block von kupferhaltigem Kies als Nebengestein gefunden. Der Geologe Trilstedt wurde daraufhin damit beauftragt, das Gestein, von dem dieser Block stammen mußte, aufzufinden. Als Anhaltspunkt diente ihm die Tatsache, daß mit dem Kies zusammen außer Quarz ein Olivin gefunden wurde. Es mußte also in der Nähe des Kupfererzvorkommens auch Olivin aufzutreten, und dies war der Fall bei einem Gebiet im Kirchspiel Ruusjärvi. Es gelang Trilstedt aus dieser theoretischen Überlegung heraus in dem Kirchspiel eine zwei Kilometer lange Zone mit Erzfundeung festzustellen. Nun war die ungefähre Richtung, in der die Lagerstätte verlaufen mußte, gefunden. Da der Boden Finnlands an dieser Stelle aber von einer Diabasalbedeckung verhüllt ist, konnte das Vorkommen endgültig nur durch Bohrungen erschlossen werden. Tatsächlich traf man nach zwei vergeblichen Bohrungen endlich bei der dritten Bohrung auf ein Erzlager in einer Mächtigkeit von 8 bis 9 Meter und mit einem Kupfergehalt von 5 Prozent, und damit war das Kupfererzlager von Outokumpu entdeckt, das dem Lande sehr viel größere Beträge einbringen wird, als Finnland bisher überhaupt für geologische Untersuchungen aufgewendet hat.

† **Die klassische Prosa.** Da in Berlin häufig große Brottartendiebstähle vorkamen, hat sich der Berliner Magistrat veranlaßt gesehen, die Prosaarten mit besonderen Kennworten zu versehen, die er dann außer der Reihe aufruft. Die Auswahl der Kennwörter muß ein Mitglied der klassischen Literatur besorgen. Sie lauten nämlich in den letzten Wochen: Goethe, Schiller, Lessing, Kleist. Und an den Anschlagstellen wurde dann den Berlinern verkündet, ob sie in dieser Woche ihr Brot im Zeichen Schillers oder Goethes beim Bäcker anfordern wollten.

Nr. 222
Mittwoch, 12. August 1919
„Reichsbanner-Magazin“
Seite 3

